WP-01-K3-147

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 146 bis 150:
Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. ~~Indem wir die Gelder den Kommunen künftig direkt zur Verfügung stellen und die ungebundenen kommunalen Mittel stärken, richten sich die Programme stärker nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort. Für mehr Transparenz im Umgang mit Fördergeldern bauen wir die Förderdatenbank aus.~~In diesem Sinne und für mehr Transparenz bauen wir die Förderzentrale weiter aus.

Wir stellen den kommunen künftig direkt mehr Gelder zur Verfügung und stärken die so genannten ungebundenen Mittel. Damit schaffen wir mehr Gelichwertigkeit, entlasten die Veraltung und steigern die politischen Möglichkeiten vor Ort.

Wir unterstützen kommunale Unternehmen und öffentliche Betriebe als Triebfeder der sozial-ökologischen Transformation und als Garant für demokratische Gestaltung unserer Daseinsvorsorge. Deshalb erleichtern wir Rekommunalisierungen, beispielsweise indem wir vorhandene Finanzierungsprogramme stärken und Beratungssstrukturen verbessern. Kommunen sollen dabei unterstützt werden das Heft des Handelns in die eigene Hand zurück zu nehmen und es dort zu behalten. Gerade Energieversorger und ihre Investitionen sind von enormer Bedeutung für mehr Tempo beim Klimaschutz. Diese Investitionen sichern wir ab.

Begründung

Ungebundene Mittel sind keine Programmmittel, hierhingehend gab es also einen Widerspruch in der ursprünglichen Formulierung. Die Begründung für ungebundene Mittel wurde um Entbürkratisierung und das Argument der Gleichwertigkeit ergänzt. Das ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, weil es die Strukturkomponente der kommunalen Einnahmesituation verringert. Weiterhin ist der Satz zur Förderdatenbank thematisch bei dem anderen Punkt zum Thema verschoben worden.

Rekommunalisierung ist eine aktuelle Dynamik in vielen Kommunen. Kommunen sollten dabei unterstützt werden demokratische Verantwortung für ihre Daseinsvorsorge zu übernehmen. Hier können kleinere und finanzschwächere Kommunen noch gezielter unterstütz werden, zum Beispiel durch Finanzierungsoptionen (KfW-IKK) und durch niedrigschwellige Beratungsstellen (etwa durch die PD). Investitionen in die Energieinfrastruktur sind gerade von besonders großer Bedeutung für die Transformation vor Ort.
Energiewendefonds sind ein gutes Mittel, um sehr viele der notwendigen Investitionen im Bereich der Energieinfrastruktur zu hebeln. Entsprechend hat sich die Bundestagsfraktion auch schon in HH-Verhandlungen eingesetzt.

weitere Antragsteller*innen

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries); Nicolai Krybus (KV Münster); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); Lev Gordon (KV Berlin-Neukölln); Oliver Schönborn (KV Rhein-Hunsrück); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Michael Hoffmeier (KV Eichsfeld); Christina Urlaub (KV Göttingen); Claudia Bosse (KV Freising); Sean Heller (KV Gifhorn); Till Köhler (KV Northeim/Einbeck); Konstantin Mallach (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Nicole Henkel (KV Wittmund); Elisabeth Özge (KV Delmenhorst); Ezra Rudolph (KV Göttingen); Willi Junga (KV Berlin-Kreisfrei); Helge Limburg (KV Holzminden); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.